



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 110'854
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 037.003
Abo-Nr.: 37003
Seite: 10
Fläche: 81'148 mm²

Volksrepublik China

Die Zukunft des chinesischen Modells

Gastkommentar
von SUISHENG ZHAO

Das chinesische Modell ist im Wesentlichen die Geschichte eines unglaublichen Wirtschaftswachstums unter der Führung eines autoritären Staates. Mit seinen zweistelligen jährlichen Wachstumsraten über einen Zeitraum von beinahe drei Jahrzehnten galt China lange Zeit als unaufhaltsames Kraftzentrum der Welt, regiert von kompetenten, engagierten Führungskräften. Langsam stellt sich jedoch die Frage: Wie nachhaltig ist dieses Modell?

Die Diskussion des chinesischen Modells kam in drei Wellen. Die erste Welle trat der amerikanische Journalist Joshua Cooper Ramo 2004 mit seiner Veröffentlichung «The Beijing Consensus» los. In diesem Werk erklärte er, dass China dank dem Willen zur Innovation einen bisher einzigartigen Weg der Modernisierung gefunden habe. Dieser Weg biete Lebensqualität und wirtschaftliches Wachstum zugleich, sehe zur Vermeidung von Unruhen Gleichheit für alle vor und definiere sich durch Selbstbestimmung und Unabhängigkeit von westlichen Mächten.

Die zweite Diskussionswelle entbrannte, als China 2008 Gastgeber der Olympischen Spiele in Peking wurde. Im sogenannten «discourse of greatness» erfreuten sich das chinesische Modell und Begriffe wie «der chinesische Weg», «die chinesische Erfahrung», «die chinesische Geschwindigkeit», «das chinesische Wunder» oder «der Aufstieg Chinas» immer grösserer Beliebtheit. Die damalige Regierung unter Hu Jintao und Wen Jiabao hat diese Ideen jedoch weder unterstützt noch propagiert und beteiligte sich nur zögerlich an den ideologischen Debatten. Ihre grösste Sorge galt wohl dem Umstand, dass andere Nationen den chinesischen Erfolg als Bedrohung wahrnehmen könnten.

Die dritte Diskussionswelle setzte ein, als der neue Präsident Xi Jinping 2012 den «chinesischen Traum» zur Erneuerung der Nation beschwor. Bereits in seinen ersten Reden vor internationalem Publikum unterstrich er die Einzigartigkeit Chinas. «Chinas einmalige kulturelle Tradition, das einmalige historische Schicksal und die einmaligen nationalen Besonderheiten haben uns die Entwick-

lungsrichtung vorgegeben», so Xi. Natürlich könnten daher nur Chinesen den nationalen Gegebenheiten dieses Landes Rechnung tragen.

Kontroverse Rolle des Staates

Der Funktion des Staates kommt in der Diskussion des chinesischen Modells eine Schlüsselrolle zu. Diese widerspiegelt auch den langen Kampf der

Immer mehr neureiche
Chinesen stimmen
mit den Füßen ab und
wandern mitsamt Kind
und Vermögen aus.

chinesischen Eliten, einen mächtigen Staat aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Nach der Gründung der Volksrepublik China errichtete die KPC einen zentralistischen Staat zur Wahrung der Ordnung und um das Land zu Macht und Wohlstand zu führen. Deng Xiaopings Wirtschaftsreformen von 1978 sahen jedoch eine schrittweise Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse vor. Diese Reformen haben den wirtschaftlichen Aufschwung Chinas unterstützt, denn die Ressourcenzuteilung durch den Markt statt durch den Staat erwies sich als effizienter. Obwohl die chinesische Wirtschaft in dieser Zeit boomte, wurden bald kritische Stimmen laut. Aufstrebende Neo-Autoritaristen sahen in der staatlichen Dezentralisierung eine Schwächung der Planungsbürokratie, welche westlichen, liberalen Ideen und Rufen nach demokratischen Reformen Tür und Tor öffnen würde. Sie befürworteten zentralisierte Strukturen zur Aufrechterhaltung von sozialer Ordnung und wirtschaftlicher Entwicklung. Dieses Argument war letztlich auch Mitauslöser für die Steuerreform von 1994 zur Verbesserung der staatlichen Handlungsfähigkeit.

Die Zentralisierung, vor allem auch die der Steuerbehörden, hat China durch die Asienkrise von 1997 geholfen und nach der globalen Finanzkrise 2008 den wirtschaftlichen Niedergang verhindert. Der chinesische Staat hat weitaus mehr Mög-



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 110'854
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 037.003
Abo-Nr.: 37003
Seite: 10
Fläche: 81'148 mm²

lichkeiten, sich in die Wirtschaft einzumischen, als seine westlichen Gegenspieler. Unter Aufbietung von im Westen undenkbar menschlichen Opfern wurden Unsummen in die Errichtung von erstklassigen Infrastrukturen und majestätischen Städten investiert. Präsident Xi hat die zentrale Staatsgewalt durch Machtkonzentration, Anti-Korruptions-Kampagnen, die Stärkung staatlicher Unternehmen und die nach Mao grösste ideologische Kampagne gegen die Verwestlichung deutlich gestärkt. Dem zugrunde lag eine Rezentralisierung der Macht: im Land nach Peking, in Peking zur Partei und in der Partei zu Xi Jinping.

Steigende Kosten

Bei der Verfolgung des unbedingten Wirtschaftswachstums hat China indes potenzielle Gefahren wie Lohnungleichheit, Umweltverschmutzung und Werteverfall übersehen. China gehört heute zu den Industrieländern mit den grössten Einkommensunterschieden und der stärksten Umweltverschmutzung. In letzter Zeit kam es im ganzen Land zu teilweise gewalttätigen Ausschreitungen gegen die umweltverschmutzende Industrie und den Ausbau von Kohlekraftwerken. Die Konjunkturabschwächung und die Entlassung von Millionen von Arbeitskräften in stagnierenden Wirtschaftsbereichen führten zu Streiks und Protestaktionen von ungewöhnlicher Vehemenz.

Zur Wahrung der sozialen Stabilität setzt die chinesische Regierung vermehrt Sicherheitskräfte ein. So überstiegen im Jahr 2009 die Ausgaben für die innere Sicherheit und Stabilität zum ersten Mal das Verteidigungsbudget. Unter Xi Jinping wurden die Kontrollen weiter verschärft. Der Zugang zu sozialen Netzwerken wurde blockiert, Nutzerprofile von Aktivisten wurden gesperrt, Streikmeldungen gelöscht und Chat-Foren überwacht, um jegliche Anzeichen von Protest im Keim zu ersticken.

Die Gründung unabhängiger Gewerkschaften wurde verboten, Aktivisten, auch nicht subversive wie beispielsweise Frauenrechtskämpferinnen, wurden verfolgt und Menschenrechtsanwälte inhaftiert. Unter dem Deckmantel der Korruptionsbekämpfung breitete sich im Einparteiestaat ein Regime des Terrors aus.

Vor dem Hintergrund der schwächelnden Konjunktur und der immer offensichtlicheren Kosten des chinesischen Modells stellen heute selbst ehemalige Profiteure des rasanten Wachstums das chinesische Modell infrage. Immer mehr neureiche Chinesen stimmen mit den Füßen ab und wandern mitsamt Kind und Vermögen aus.

Staat zur Rechenschaft ziehen

Mit dem Konjunkturrückgang ist für Chinas Führungsriege der Moment gekommen, das auf Export und Investitionen ausgerichtete chinesische Wachstumsmodell in Richtung qualitative Innenentwicklung zu verändern. Es wird Zeit, die staatliche Autorität einem institutionellen Kontrollsystem zu unterziehen und den Staat zur Rechenschaft zu ziehen. Ob die Herrscher Chinas diesen Wandel an der wirtschaftlichen und politischen Front vollziehen können, daran wird sich das chinesische Modell messen müssen.

Nach Deng Xiaopings Reformen im Jahr 1978 hat China einen langen Weg des wirtschaftlichen Wandels zurückgelegt. Um ein nachhaltiges chinesisches Modell zu erschaffen, müssen die Führungskräfte Wege finden, um über den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen die Macht des Staates ins Gleichgewicht zu bringen – so wie es andere Länder in Ostasien vorgemacht haben.

Suisheng Zhao ist Professor an der Joseph Korbel School of International Studies der University of Denver. Der Text ist die überarbeitete Fassung seines Vortrags vom 8. September 2016 am Nationalen Forschungsschwerpunkt Demokratie (NCCR Democracy) der Universität Zürich.